

Fragen zur „alternativen Ökonomie“ Entwurf

Der Unmut über das vorherrschende neo-klassische Modell in der Ökonomie hat mittlerweile die Wirtschaftswissenschaften selbst erreicht. Seit den Protesten der Wirtschaftsstudenten an der Pariser Sorbonne über den „Autismus“ des gegenwärtigen *mainstreams* in der Ökonomie hat sich die innerökonomische Kritik und Suche nach alternativen Wirtschaftstheorien verstärkt. Gegen den akademischen Lehrbetrieb wird nicht nur eingewandt, dass die Wirtschaftswissenschaften aufgrund ihres mathematisierten Formalismus nicht nur realitätsfern seien und keine Antworten auf die globalen Fragen geben, sondern dass sie sich auch zum „Büttel“ der ökonomisch Mächtigen gemacht haben und deren Interessen und Sichtweisen zum Ausdruck bringen und Alternativen als unrealistisch und utopisch disqualifizieren.

Im Großen und Ganzen sind es vor allem zwei Dimensionen, die von der neo-klassischen Wirtschaftstheorie ausgeblendet werden, auf die die Wirtschaftswissenschaften jedoch eine Antwort geben müssen: das *ethisch-politische* Problem der weltweit ungerechten/ungleichen Verteilung des marktwirtschaftlich produzierten Reichtums und das *ökologische* Problem der Gefährdung des „Mensch-Natur-Verhältnisses“. Diese Probleme lassen sich aber nicht als „externe Faktoren“ aus dem Gebiet der Wirtschaftstheorie ausschließen, weil sie Ergebnisse des Wirtschaftsprozesses selbst sind.

Fragen:

1. Seit ihrer Grundlegung als Einzelwissenschaft gehen die Wirtschaftswissenschaften vom Prinzip des rationalen Wirtschaftssubjekts, d.h. des „*nutzenmaximierenden Individuums*“, aus. – Formuliert dieses Prinzip Ihrer Meinung nach schlicht das *Axiom*, von dem jede Wirtschaftstheorie auszugehen hat; beschreibt es die Handlungsstruktur des *Menschen* als eines „verständigen Egoisten“; oder reflektiert das Prinzip nur eine *historisch bestimmte* Auffassung der Funktion ökonomischen Handelns?

WR: Genau diese Annahme ist es, die die Wirtschaftswissenschaften von jeder exakten Wissenschaft unterscheiden. Das nutzenmaximierende Individuum ist eine pure Setzung. Das wäre als solches noch nichts Unwissenschaftliches, aber anders als andere Wissenschaften überprüft die Wirtschaftswissenschaft ihre Annahmen nicht, sondern behauptet lediglich, dass die Praxis verfälschende Bedingungen schafft: Wenn sich die Individuen – wie sie das offensichtlich tun – nicht nach den Annahmen der Wissenschaftler richten, dann liegt das gemäß dieser Annahmen daran, dass die Marktbedingungen nicht in der Form existieren, die es den Menschen ermöglichen würde, sich anders zu verhalten.

Damit wird das nutzenmaximierende Individuum neben einer Setzung auch noch zu einer selffulfilling prophecy: Wer den als natürlich gesetzten Zustand noch nicht erreicht hat, muss durch Schaffung politischer Rahmenbedingungen dahin gebracht werden, dass er es endlich tut. Eine solche Position ist als Interessenstandpunkt verständlich, wenn sie ausdrücken soll, dass es für die Durchsetzung einiger ganz bestimmter Interessen nützlich ist, wenn Politik genau solche Rahmenbedingungen schafft. Als angeblich wissenschaftlicher Standpunkt leistet sie nichts, sie erklärt nicht einmal das reale Verhalten von Menschen im Markt. Es sind ja nur sehr wenige, die sich tatsächlich rein nach Nutzensgesichtspunkten verhalten und selbst dies meist nicht durchgängig in allen Situationen.

Die Vorstellung, dass wirtschaftliches Handeln ausschließlich der Maximierung des Nutzens, also des Profits, dienen sollte, ist lediglich als rationale Annahme möglich, wenn ich modell-

theoretisch überlege, wie ein Unternehmen im kapitalistischen Markt besonders erfolgreich sein kann. Tatsächlich ist das Verhalten der einzelnen Menschen auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten so gut wie immer von Gesichtspunkten mitbestimmt, die nicht in diese Annahme passen. Vorgängige Wertentscheidungen, Gewohnheiten, emotionale Beeinflussungen spielen eine große Rolle. Selbst Unternehmensentscheidungen sind diesen Einflüssen ausgesetzt – und müssen es aus „rationalen“ Überlegungen oft auch sein, wenn es nämlich um Kundennähe oder Ähnliches geht.

2. Sind Sie der Auffassung, dass dieser „homo oeconomicus“ als Leitbild ökonomischer Theoriebildung heute um andere Dimensionen, etwa des Ethischen, Politischen oder Sozialen, *erweitert* werden muss; oder dass es der Suche nach einem *anderen* Fundament und damit einem anderen Begriff von Ökonomie bedarf?

WR: Der homo oeconomicus taugt nicht als Basis irgendwelcher Theoriebildung. Er wird ja auch tatsächlich nur sehr bedingt so benutzt. Die übliche Floskel lautet ja: Wir nehmen mal an, der Mensch verhalte sich wirtschaftlich rational, also nutzenmaximierend. Ja, wir wissen, er tut das nicht, er bezieht freiwillig oder unbewusst dauernd andere Gesichtspunkte in seine ökonomischen Entscheidungen mit ein, aber wenn wir es mal annehmen, dann... So etwas ist keine Theorie und auch keine Empirie, das ist Quacksalberei.

Mit dem Leitbild des homo oeconomicus kann modellhaft ein einziges Kalküle betrachtet werden, die ein auf Gewinnmehrung orientiertes Unternehmen anstellen muss. Aber das Modell beschreibt nur einen Ausschnitt der Wirklichkeit. Selbst das Agieren von Unternehmen wird damit nicht umfassend beschrieben. Es muss das Verhalten von Kunden, politischem Umfeld, Investoren und anderen beachten und die verhalten sich nur bedingt ausschließlich auf größtmöglichen Nutzen hin orientiert. Wenn Individuen Geld ausgeben, entscheiden sie von ihren Bedürfnissen her und danach, wie diese befriedigt werden können und werden.

Bedürfnisse richten sich immer auf Konkretes, da ist Geld nur der Vermittler, nicht aber der Zweck. Für viele Bedürfnisse und ihre Befriedigung ist Geld nicht einmal der Vermittler. Diese Struktur von Bedürfnissen, die sich eben nicht nur auf Geld und auf Kaufbares richtet, findet ihre Entsprechung auch auf der Seite der Arbeit und Produktivität: Viele, die meisten nützlichen Tätigkeiten (und auch viele, die in einem streng marxischen Sinne produktiv sind!) werden nicht als Teil der bezahlten Lohnarbeit verrichtet, sondern als unbezahlte Tätigkeit für sich selbst oder auch für andere.

Das Modell des homo oeconomicus kann die konkreten Bedürfnisse gar nicht beschreiben, es ist eine contrafaktische Setzung. Die Bedürfnisbefriedigung klappt eben nicht für alle im Durchschnitt am besten, wenn die notwendigen Güter und Dienstleistungen mit den geringsten Kosten produziert und über den Markt verteilt werden. Genau diese Marktförmigkeit der Waren führt nämlich regelmäßig dazu, dass Bedürfnisse unbefriedigt bleiben. Die Warenform setzt zwingend voraus, dass vor der Bedürfnisbefriedigung der potentielle Anbieter eine Markteinschätzung vornimmt, die erstens das Bedürfnis erkennt und zweitens zu dem Ergebnis kommt, dass genügend zahlungsfähige Nachfrage vorhanden ist, damit sein Geschäft gelingt. Und auch dann bleiben die Bedürfnisse all derer unbefriedigt, die dennoch nicht über ausreichend Kaufkraft verfügen oder aus anderen Gründen keinen Marktzugang haben.

3. Mit dem Begriff des „homo oeconomicus“ war, implizit oder explizit, die rechtliche Institution des *Privateigentums* verbunden. Sind Sie der Auffassung, dass angesichts der genannten Probleme diese Institution – in eingeschränkter Form – erhalten bleiben kann; oder bedarf es dazu anderer rechtlicher Institutionen der Verfügung des gesellschaftlichen Reichtums? Und wer oder was wäre in diesem Fall der Eigentümer?

WR: Das Eigentum repräsentiert ja im Anfang auch nur ein in bestimmter Weise konkretes Bedürfnis bzw. das Mittel zu seiner Befriedigung: Jagdwaffen, Schmuck, Kleidung, Nahrungsmittel, Vieh. Von dem Zeitraum an, wo es für unsere Frage relevant wird, hat es allerdings eine Größenordnung angenommen, die sehr viele Bereiche der Bedürfnisbefriedigung, also der täglichen Reproduktion abdeckt. Damit das gelingt, verlangen die privaten Besitzer die volle Verfügungsmacht über ihre Mittel. Der Fürst (Staat) und der Nachbar sollen sich da raushalten und der Fürst soll gefälligst beides garantieren. Das ist aus ihrer Sicht durchaus rational und es scheint alle anderen so lange nicht zu stören, wie die im Wesentlichen ebenfalls über die Mittel verfügen, sich selbst anständig zu reproduzieren. Wäre eine solche Gesellschaft ökonomisch stabil, könnte man sich wahrscheinlich mit ihr arrangieren.

Tatsächlich aber ergreift der Verwertungsmechanismus ja immer größere Teile der gesellschaftlichen Reproduktion. Damit er für die einzelnen Privaten gelingt, müssen diese wachsen und damit einen immer größeren Anteil aller Produktion in sich einschließen. Das entwertet und enteignet kontinuierlich alle anderen Formen von Eigentum und (Re)Produktion, verwandelt heute nicht nur alle Lebensmittel, sondern das Leben selbst in Waren. Damit ist die Entscheidung, was an Waren und Dienstleistungen überhaupt verfügbar ist, ja was überhaupt leben, existieren darf, nicht mehr von den Bedürfnissen der Menschen, sondern von der Notwendigkeit der Kapitalverwertung her bestimmt. In diesem, gesamtgesellschaftlichen Sinn bleibt der homo oeconomicus zwar ein Modell, aber eines, das den gesellschaftlichen Prozess der Selbstverwertung des Werts richtig beschreibt, nicht aber das individuelle Verhalten darin.

Das ist unakzeptabel, wenn die Bedürfnisse der Menschen das Entscheidungskriterium sind. Da der gegenwärtige Zustand kein Unfall eines ansonsten gut funktionierenden Mechanismus ist, sondern das stimmige Ergebnis einer auf Kapitalverwertung beruhenden Ökonomie, muss die ganze Basis dieses Prozesses in Frage gestellt werden. Das ist eben die private Verfügung über die Produktionsmittel. Dabei ist die rechtliche Form des Eigentums nicht ausschlaggebend. Privateigentum an Produktionsmitteln funktioniert nie im Interesse der Gesellschaft, aber staatliches oder anderes nicht privates Eigentum muss das auch nicht tun. Es geht um die gesellschaftliche Bestimmung dessen, was wir produzieren wollen und wie wir das tun wollen.

Wie ein solcher Prozess zu organisieren wäre, welche Strukturen er braucht, welche Bereiche schneller, welche langsamer der gesellschaftlichen Entscheidung unterworfen werden können, lässt sich im Vorhinein nur schwer sagen. Es wird sicherlich Übergangsphasen geben müssen, schon aus Gründen der Kräfteverhältnisse. Aber auch systematisch könnte es sein, dass die Einhegung des Kapitalverwertungsmechanismus auf bestimmte Bereiche der Produktion eine Zeitlang funktionieren kann, auf andere nicht. Deshalb würde ich eine Entscheidung alles oder nichts für falsch halten, wenn sie bedeutet, das Privateigentum muss mit einem Schlag abgeschafft werden. Aber grundsätzlich muss mit dem Prinzip der privaten Verfügung über die Produktionsmittel gebrochen werden. Dauerhaft wird jede noch so enge Einhegung kapitalistischer Verwertung ihre Grenzen irgendwann doch wieder sprengen und dazu drängen, sich alle Abläufe untertan zu machen. Das gilt auch für Einhegungen durch Staatseigentum, Genossenschaften oder sonstige Formen des kollektiven Privatbesitzes.

4. Mit dem Begriff des „homo oeconomicus“ ist gleichfalls die Institution des *Marktes* verbunden. Sehen Sie im Markt weiterhin diejenige Instanz, die – in eingeschränkter oder korrigierter Form – sowohl die Produktion als auch die Verteilung zu regeln vermag; oder sind sie der Auffassung, dass es „jenseits des Marktes“ eines anderen Prinzips und anderer Mechanismen bedarf, um die Güterproduktion und -verteilung in Zukunft zu regeln? Und welche Gestalt müsste ein solches anderes Prinzip besitzen?

WR: Bedürfnisorientierte Ökonomien waren bisher immer durch quantitativen Mangel und räumliche Beschränkung gekennzeichnet. Heute ginge es darum, eine globale Wirtschaft zu schaffen, die allen und jedem und jeder ein anständiges Leben ermöglicht. Dazu ist die Aufrechterhaltung der Arbeitsteilung notwendig.

Solche qualitativ völlig neuen Aufgaben, für deren Lösung es keine historischen Vorbilder gibt, können nicht vorab im Kopf bewältigt werden. Es wird notwendig sein, das Entwickeln von angemessenen Lösungen und die Veränderungsprozesse als Einheit zu begreifen. Erst im Prozess selbst entwickelt sich eine Vorstellung von Größe und Gestalt der Probleme und erst im Prozess kann das Wissen entstehen, das zu ihrer Bewältigung notwendig ist. Dennoch können einige Elemente angegeben werden.

Die unbedingte Voraussetzung muss dabei nochmals ausdrücklich benannt werden, oben wurde sie nur nebenbei erwähnt: Eine menschengerechte Ökonomie muss sich an den konkreten Bedürfnissen der konkreten Menschen orientieren. Das schließt grundsätzlich Warenproduktion aus, weil in der Ware immer der (Tausch)Wert das Kriterium darstellt, ob und wie sie produziert wird. Das schließt grundsätzlich auch die Verteilung über den Wertmechanismus, also die Geldform, aus und damit den Markt. Alles, was ich oben zum Übergang des Privateigentums gesagt habe, gilt selbstverständlich auch hier. Aber das Prinzip der Dekommodifizierung, der Herausnahme möglichst großer und zunehmender Bereiche unserer (Re)Produktion aus dem Verwertungskreislauf des Kapitals ist entscheidend. Kämpfe um gesellschaftliche Infrastruktur, die für ihre BenutzerInnen kostenlos verfügbar ist, sind ein wichtiger Schritt.

Bedeutsam für den Übergang können auch Formen kollektiven Eigentums sein, für deren Benutzung aber vorläufig noch Zahlungen anfallen. Ein intelligentes Verkehrssystem z. B. könnte den Individualverkehr auf allen Ebenen ablösen, indem es Mobilität vom lokalen bis zum globalen Rahmen für alle zur Verfügung stellt. Damit wäre gesellschaftlich entschieden, einen wie hohen Anteil an Ressourcen wir in diesen Bereich stecken wollen. Die Nutzung könnte so geregelt werden, dass bestimmte Bewegungen oder Bewegungskontingente frei und andere mit Gebühren belegt werden. Ähnliche Vorstellungen entwickelt attac Deutschland gerade in seiner Kampagne gegen die Stromkonzerne für die Energienutzung.

Auch die Debatte um „Neue Arbeit“ zeigt Möglichkeiten auf. Dabei könnte es sich als besonders bedeutsam herausstellen, dass durchaus technologische Perspektiven darauf bestehen, dass Produktion von Gebrauchsgütern auf allerhöchstem Niveau in „Heimarbeit“ innerhalb der nächsten Jahrzehnte möglich erscheint. Neue Verfahren machen es denkbar, dass wir mit Hilfe der Elektronik und einer neuen, überschaubaren Infrastruktur ohne weitere Fabriken oder Montagehallen, ohne Fachleute und Personal Dinge selbst herstellen können, die heute aufwändig beschafft werden müssen. Das eröffnet die Möglichkeit, real Teile der (Re)Produktion wieder in die eigenen Hände zu nehmen. Nicht nur die Vermittlung über Geld und Markt entfielen, auch gesellschaftliche Entscheidungen wären nur insoweit nötig, als die Infrastruk-

tur für die Nutzung der „personel fabricator“ zur Verfügung gestellt werden müsste – aber vielleicht tut sich das sogar marktförmig wie bei den personel computer, die vor 25 Jahren auch noch undenkbar erschienen.

Aber auch ohne Vorgriff auf diese technologische Entwicklung ist die Diskussion darüber, wie denn eine Produktion und Reproduktion von Gruppen in Eigentätigkeit angepackt werden könnte, von Bedeutung. Bisher stellen wir uns unter (Re)Produktionsgemeinschaften eher leicht esoterisch angehauchte Ökos vor, die in der Landkommune leben. Aber es müsste um den Aufbau anderer Bereiche von kollektiver Selbsttätigkeit auf hohem technologischem Niveau gehen. Im Bereich freie Software ist er längst Alltag. Er gäbe die Möglichkeit, jenseits von räumlicher Beschränkung Gemeinschaften um konkrete Bedürfnisse herum aufzubauen und dabei die Arbeitsteilung beizubehalten.

Die für all diese Ansätze und ihren Ausbau nötigen Eigentumsformen müssten entwickelt und ausprobiert werden. Der Grundsatz müsste darin bestehen, dass die Verfügung so nah wie möglich bei den NutzerInnen liegt, aber so, dass sie nicht neue quasi-private Konkurrenzsubjekte werden.

5. Zur Zeit wird in Deutschland das Modell eines „*bedingungslosen Grundeinkommens*“ diskutiert. Ist dieses Modell mit dem Paradigma des „homo oeconomicus“ vereinbar oder stellt es den Ansatz zu einer alternativen Ökonomie dar, die Arbeit und Einkommen nicht mehr allein über den (Arbeits-) Markt vermittelt?

WR: Zum bge habe ich sehr viel geschrieben (vieles unter www.attac.de/genug-fuer-alle) und will hier nur ein paar knappe Bemerkungen machen. Ein Grundeinkommen kann in beide Richtungen wirken. Ein niedriges bge, das heute eingeführt würde, wie es etwa Dieter Althaus vorschlägt, wäre ein neoliberales Sparprogramm. Noch deutlicher wird das beim „liberalen Bürgergeld“ der FDP oder bei manchen Konzepten, wie sie in den USA unter dem Stichwort der „negativen Einkommensteuer“ kursierten. Da handelt es sich um minimale Geldzahlungen, die die EmpfängerInnen anschließend auf dem Markt alleine lassen. Solche Modelle sind nicht nur mit dem homo oeconomicus vereinbar, sie haben gerade zum Zweck, ihn zu befördern oder erst zu erschaffen. Das könnte auch gelingen, weil der Mensch, mit zu wenig Geld zum Überleben allein auf dem Markt, leicht anfangen könnte, tatsächlich des Anderen Wolf zu werden.

Ganz anders sieht es mit einem Grundeinkommen aus, das hoch genug wäre, damit die EmpfängerInnen tatsächlich nein sagen könnten zu strukturellen und persönlichen Abhängigkeiten. Ein solches bge würde Selbsttätigkeit fördern und ermöglichen. Es eröffnete die Freiräume zum politischen und gesellschaftlichen Engagement, die heute oft darunter verschüttet werden, dass Menschen sich von morgens bis abends um ihr ökonomisches Überleben kümmern müssen. Und auch die gesellschaftliche Debatte, was wir denn produzieren und wie wir das tun wollen, würde leichter, wenn nicht mehr jeder noch so beschissene Arbeitsplatz verteidigt werden müsste, weil das daraus erzielte Einkommen benötigt wird.

Ein solches Grundeinkommen würde den Markt zurückdrängen und neue Formen der gesellschaftlichen (Re)Produktion und Verteilung befördern können. Es wird nicht von oben eingeführt, es kann nur erkämpft werden. Und es wäre dann genau so viel wert wie die Kämpfe, die darum geführt worden sind.